

Zahlen für die Zukunft



Staatsfinanzen. Mehr als 100 Milliarden Euro hat der Bund im Jahr 2023 für Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung, Baumaßnahmen sowie Bildung und Forschung ausgegeben – gut doppelt so viel wie 2014. Aber: Geplant waren teils noch deutlich höhere Ausgaben. Der Staat schafft es also offensichtlich in vielen Fällen nicht, das umzusetzen, was er sich vorgenommen hat. Deutschland kommt deshalb bei wichtigen Zukunftsthemen nicht voran, wie IW-Haushaltsexperte Tobias Hentze im iwd-Interview betont. Er sieht die künftige Bundesregierung hier massiv unter Handlungsdruck und hält eine Anpassung der Schuldenbremse für geboten. —→ [Seiten 2-4](#)

Spenden

Im vergangenen Jahr haben deutlich weniger Bundesbürger Geld für gute Zwecke gespendet als 2022. Am meisten geben nach wie vor die Jüngeren.

—→ [Seite 7](#)

IW-Konjunkturprognose

Geopolitische Konflikte und das hiesige Regierungsvakuum verunsichern die deutsche Wirtschaft zutiefst – die Konjunktur tritt deshalb auch 2025 nahezu auf der Stelle.

—→ [Seiten 8-9](#)

Der Plan geht nicht auf

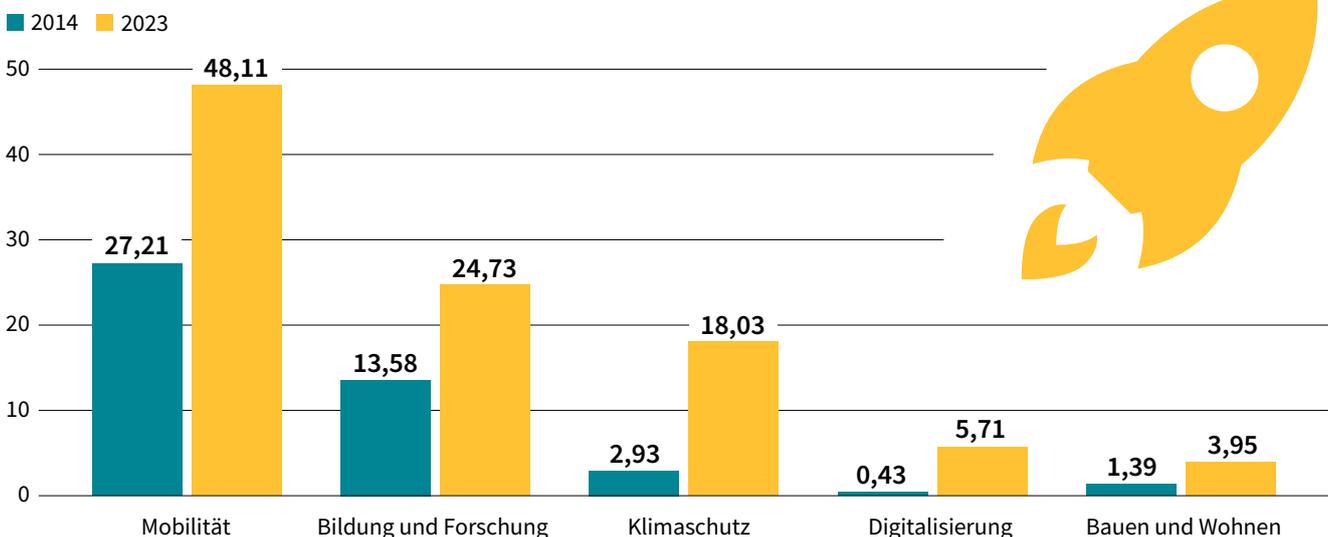
Staatsfinanzen. Die Politik hat sich vorgenommen, den Bundeshaushalt stärker auf Zukunftsaufgaben auszurichten. Zwar sind die Ausgaben in wichtigen Themenfeldern in den vergangenen Jahren gestiegen. Ein beträchtlicher Teil der veranschlagten Gelder wird aber anderweitig eingesetzt.

Digitalisierung vorantreiben, Infrastruktur instand setzen, Klimaschutz verbessern – die Liste der Aufgaben für Deutschland ist lang. Die Politik und in erster Linie die jeweilige Bundesregierung kann über den Bundeshaushalt Prioritäten und Schwerpunkte setzen und so die generelle Ausrichtung vorgeben. Inwiefern das geschieht, lässt sich auf den ersten Blick allerdings nicht beurteilen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat sich daher im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die Bundeshaushalte der vergangenen Jahre genauer angesehen. Da der Bundeshaushalt nicht thematisch, sondern nach Ressorts unterteilt ist, haben die Forscher des IW zunächst Themenfelder – sogenannte Zukunftskategorien – zugeschnitten und dann die einzelnen

Bundeshaushalt: Mehr Geld für Zukunftsthemen

So viele Milliarden Euro hat der Staat über den jeweiligen Bundeshaushalt für diese Bereiche ausgegeben



Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Ausgabenposten entsprechend verortet. Das Ergebnis (Grafik Seite 2):

Der Staat gab 2023 für die Bereiche Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung, Bauen und Wohnen sowie Bildung und Forschung mehr als 100 Milliarden Euro aus. Im Jahr 2014 lagen die Investitionen hierfür noch bei gut 45 Milliarden Euro.

Im vergangenen Jahr machten die Ausgaben für Mobilität fast die Hälfte des gesamten Zukunftsbudgets aus. Auf Platz zwei folgen die Investitionen in Bildung und Forschung. Im Zeitvergleich gab es in der Kategorie Klimaschutz einen großen Sprung: Innerhalb von neun Jahren stiegen die staatlichen Aufwendungen von knapp 3 Milliarden Euro auf mehr als 18 Milliarden Euro.

Es gibt allerdings ein großes Aber: Im Haushaltsplan für 2023 waren ursprünglich mehr als 30 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen. Auch in den anderen Zukunftskategorien gibt es große Diskrepanzen zwischen dem, was der Staat geplant hatte, und dem, was er am Ende wirklich ausgegeben hat (Grafik):

In die Digitalisierung hat der Staat im Zeitraum von 2021 bis 2023 jeweils zwischen 37 und 55 Prozent weniger investiert als im entsprechenden Haushaltsplan veranschlagt.

Im Jahr 2023 erreichte der Istwert in keiner der fünf Kategorien den zuvor festgelegten Sollwert. Rechnet man die ebenfalls für die Zukunft wichtigen Bereiche Umweltschutz und Verteidigung dazu, lagen die Ausgaben insgesamt um mehr als 21 Milliarden Euro unter dem Plan.

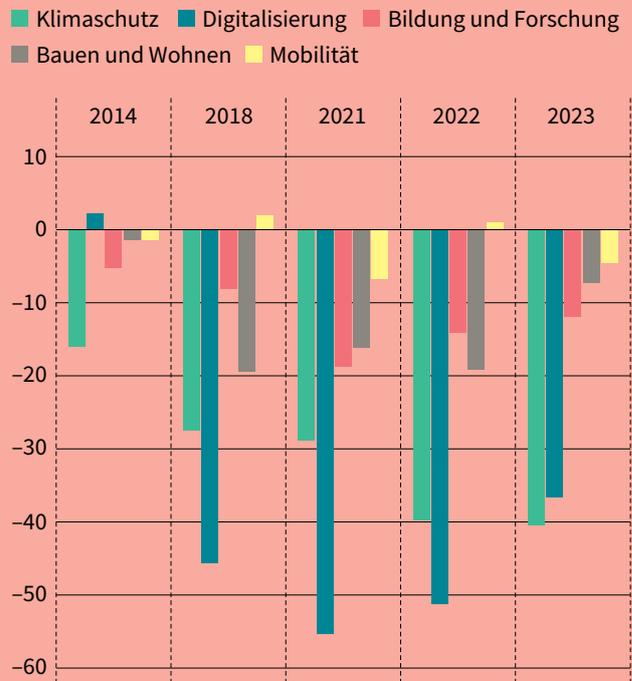
Einige Posten stechen besonders hervor. So beinhaltete der Bundeshaushalt 2022 für die Dekarbonisierung der Industrie 1,2 Milliarden Euro und 2023 sogar 2,2 Milliarden Euro, abgerufen wurden aber nur 9 beziehungsweise 36 Millionen Euro. Für den Ausbau der Ladeinfrastruktur waren im vergangenen Jahr 1,9 Milliarden Euro eingestellt, lediglich 176 Millionen Euro flossen ab.

Angesichts der großen Abweichungen stellt sich die Frage, ob die Positionen im Haushalt realistisch sind oder ob die Politiker bereits beim Planen davon ausgehen, dass die Maßnahmen nicht zu realisieren sind. Das wiederum würde eine Alternativverwendung von Haushaltsmitteln ermöglichen.

Einen Hinweis auf eine mögliche Antwort liefern die globalen Minderausgaben im Haushalt. Der Bund

Weniger investiert als angekündigt

Um so viel Prozent wichen die tatsächlichen Ausgaben für diese Bereiche von den Planungen im Bundeshaushalt des jeweiligen Jahres ab



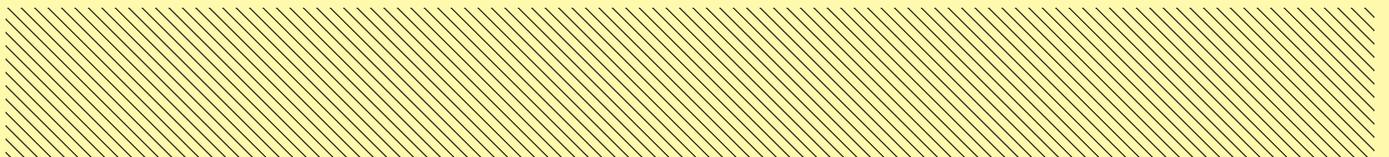
Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



verpflichtet sich dazu, einen bestimmten Betrag im Haushaltsvollzug einzusparen, sagt oder weiß aber noch nicht, wo genau. Im Jahr 2023 trugen die nicht abgerufenen Mittel in den Zukunftskategorien dazu bei, eine globale Minderausgabe von knapp 12 Milliarden Euro im Kernhaushalt auszugleichen. Die Bilanz für den Haushalt 2024, der insgesamt noch mehr Mittel für die Zukunftskategorien enthalten hat, wird im kommenden Jahr Aufschluss darüber geben, ob sich der Trend zu ungenutzten und anders eingesetzten Budgettöpfen fortsetzt oder sich die Planungen stärker der Realität annähern.

Gutachten

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Björn Kauder, Enno Reichert: Wirtschaftspolitisches Monitoring des Bundeshaushalts, im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. iwkoeln.de/haushalt



Interview. Viele Aufgaben, begrenzte Mittel – die Gestaltung des Bundeshaushalts ist zunehmend kompliziert. **Tobias Hentze**, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung im IW, kritisiert im iwd-Interview die Verschiebung von Investitionsmitteln und skizziert seine Vorstellungen vom Haushalt 2025.



Foto: IW

„Wir kommen bei den Zukunftsthemen nicht weiter“

Im Haushalt 2023 waren etwa 21 Milliarden Euro mehr für Zukunftsthemen veranschlagt, als ausgegeben wurden. Wie bewerten Sie diese Diskrepanz?

Es ist ernüchternd, denn es zeigt: Der Bund schafft es nicht, das umzusetzen, was er sich vornimmt. Und wenn die Politik ihre Ziele verfehlt, ist das grundsätzlich ein schlechtes Zeichen. Gravierend an der Situation in Deutschland ist, dass in für unsere Zukunft wichtigen Feldern wie der Digitalisierung und dem Klimaschutz der Unterschied zwischen Soll- und Istwert besonders eklatant ausfällt.

Ist es gängig, dass solch große Posten im Haushalt im Nachhinein verschoben werden?

Es ist zumindest keine ganz große Überraschung, weil dahinter keine Posten stecken, in denen es gesetzliche Pflichten gibt wie zum Beispiel bei der Rente. Von daher hat der Bund die Möglichkeit, Dinge später oder kleiner umzusetzen und dadurch weniger Geld auszugeben, als ursprünglich geplant war. Es heißt aber auch, dass wir in den Zukunftsthemen nicht weiterkommen, und das ist für mich ein Alarmsignal.

Aufgrund der Neuwahlen im Februar steht Deutschland derzeit ohne Haushalt 2025 da. Kann das zu akuten Problemen führen?

Der Staat wird weiter seine Pflichten erfüllen, Renten werden ausbezahlt, auch Bauprojekte werden fortgeführt. Wenn jemand einen Antrag auf Zuschuss für eine energetische Sanierung gestellt hat, wird das Geld zum

entsprechenden Zeitpunkt ausbezahlt. Von daher ist es keine Tragödie. Gleichwohl fehlen Impulse, um den Standort zu verbessern und die Wirtschaft anzukurbeln. Daher hoffe ich, dass sich nach der Bundestagswahl recht schnell eine neue Regierung findet und Ideen für mehr wirtschaftliche Dynamik auf den Weg bringt.

Bis wann sollte der Haushalt 2025 nach der Wahl spätestens stehen?

Nach der Wahl kommen zunächst Sondierungs- und Koalitionsgespräche. Im besten Fall enden sie schnell mit der Bildung einer Regierung. Meine Hoffnung ist, dass der Haushalt vor der Sommerpause im Kern steht.

Die finanziellen Zwänge bleiben auch mit einer neuen Regierung. Erwarten Sie, dass diese – egal, wie sie aussieht – an die Schuldenbremse rangeht?

Es gibt eine starke Konkurrenz um einen Steuereuro. Der Bund zahlt mehr Zinsen, weil sie in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Der Bund zahlt aufgrund des demografischen Wandels im Sozialbereich viel Geld und er muss auch viel Geld für Investitionen ausgeben, weil wir da einen großen Bedarf haben. Außerdem muss der Bund die Verteidigung wieder in Schwung bringen.

Es ist im Grunde unmöglich, mit den laufenden Einnahmen alle Herausforderungen gleichzeitig zu stemmen. Vor diesem Hintergrund wäre es aus meiner Sicht richtig und zielführend, darüber zu sprechen, wie man die Schuldenbremse anpassen kann, damit die erforderlichen Zukunftsausgaben möglich sind.

Halbherzige Politik

Bürokratieabbau. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mehrere Gesetze verabschiedet, die zu weniger Bürokratie für die Wirtschaft führen sollten. Die Unternehmen beklagen im Gegenteil eine Zunahme – was bei genauem Hinsehen nicht so widersprüchlich ist, wie es klingt.

Die vier Gesetze, mit denen die jeweilige Bundesregierung die durch staatliche Bürokratie verursachten Kosten von Unternehmen und Privathaushalten erheblich verringern wollte, waren durchaus ambitioniert (Grafik):

Dem Bund zufolge sollten die zwischen 2015 und 2024 verabschiedeten Bürokratieentlastungsgesetze (BEG) zu einer Gesamtentlastung von gut 3,2 Milliarden Euro führen.

Tatsächlich sind die Kosten, die sich aus den staatlichen Normen ergeben, laut Bürokratiekostenindex des Statistischen Bundesamts seit 2012 inflationsbereinigt um rund 3 Prozent gesunken.

Da verwundert es zunächst, dass in der deutschen Wirtschaft die Klagen über eine ausufernde Bürokratie immer lauter werden. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die Unternehmen gute Gründe haben, nach einem echten Befreiungsschlag zu rufen:

Mehr Gesetze. Am 1. Juni gab es in Deutschland insgesamt 4.663 vom Bund erlassene Gesetze und Verordnungen mit fast 97.000 zu befolgenden Einzelnormen. Das waren 21 Prozent mehr als 2010. EU-Verordnungen sind in diesen Zahlen nicht einmal inbegriffen. Und jede zusätzliche Regelung bedeutet für betroffene Unternehmen zusätzlichen

Aufwand, um die entsprechende Norm zu verstehen und umzusetzen.

Hoher Erfüllungsaufwand.

Staatlichen Vorgaben Folge zu leisten, bedeutet nicht nur unmittelbaren administrativen Aufwand. Zusätzliche Kosten entstehen etwa, wenn Unternehmen aufgrund einer neuen Norm ihre Produktionsanlagen erneuern müssen – beispielsweise durch den Einbau neuer Filter zur Emissionsreduktion. Dieser sogenannte Erfüllungsaufwand hat sich seit 2021 auf 14 Milliarden Euro verdreifacht.

Inkonsequentes Vorgehen. Mit den bisherigen BEG hat die Politik oft nur Schwellenwerte angehoben, ab denen bestimmte Steuerpflichten gelten, und Vorgänge digitalisiert. Das Anheben von Schwellenwerten ist aber zum Ausgleich der Inflation ohnehin alle paar Jahre geboten –

die Unternehmen nehmen diese Maßnahmen daher nicht als Bürokratieabbau wahr. Dasselbe gilt für die gleichfalls zwingende Digitalisierung.

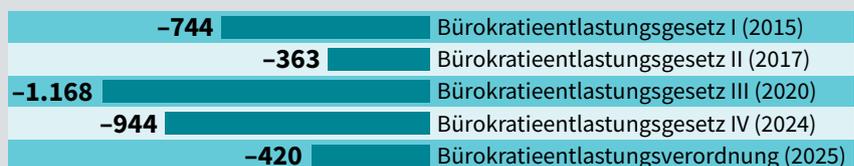
Zudem ist der Gesetzgeber meist nicht konsequent vorgegangen. Das BEG IV von 2024 etwa hat zwar die Schriftformerfordernisse im Arbeitsrecht vereinfacht, auf eine generelle Digitalisierung von Arbeitsverträgen konnte sich die Regierung aber nicht einigen. Überhaupt schenkt die Politik der Praxis zu wenig Gehör: Von den mehr als 430 Vorschlägen zum Bürokratieabbau, die aus der Wirtschaft kamen, sind nur elf ins BEG IV übernommen worden.

IW-Kurzbericht 88/2024

Klaus-Heiner Röhl: Bürokratieentlastungsgesetze – Warum wirken sie nicht wie gewünscht?
iwkoeln.de/buerokratieentlastung

Bürokratieabbau per Gesetz

Um so viele Millionen Euro an Bürokratiekosten soll(t)en Unternehmen und Bürger in Deutschland durch diese Gesetze und Verordnungen entlastet werden



Quellen: Bundesministerium der Justiz, Bundesregierung, Deutscher Bundestag
 © 2024 IW Medien / iwd

Rabatte um jeden Preis

Online-Handel. Diverse Rabattaktionen am Jahresende gehören im Online-Geschäft inzwischen schon zur Tradition. Auch wenn die Bedeutung der digitalen Verkäufe für das Weihnachtsgeschäft etwas abgenommen hat, können die Anbieter nicht auf Rabattschlachten verzichten.

Online-Handel: Weihnachten nicht mehr ganz so wichtig

So viel Prozent des realen Umsatzes im Online-Handel entfielen bzw. entfallen auf das Weihnachtsgeschäft



Weihnachtsgeschäft: Umsätze in den Monaten November und Dezember 2024: geschätzt
 Quellen: Handelsverband Deutschland, Internationaler Währungsfonds, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



Wirtschaftszweigs wird demnach online verdient. Dass der Anteil der digitalen Verkäufe zuletzt nicht weiter gewachsen ist, hat auch damit zu tun, dass sich der stationäre Handel in bestimmten Warengruppen behaupten kann. So kaufen die Verbraucher etwa Lebensmittel, Tiernahrung oder Hygieneartikel in der Regel im Laden und nicht im Online-Shop.

Angesichts der leicht sinkenden Anteile des Online-Handels in der Weihnachtszeit wirkt es so, als hätten die Rabattaktionen vor den Feiertagen immer weniger Erfolg. Dennoch müssen die Unternehmen aufgrund des harten Wettbewerbs um die online ordernden Kunden an ihnen festhalten, um keine Marktanteile zu verlieren. Zudem sind niedrigere Preise gerade für neue Unternehmen im E-Commerce ein wesentlicher Hebel, um sich im Online-Handel zu behaupten. Für sie bieten solche Aktionstage größere Chancen auf einen höheren Bekanntheitsgrad und zusätzlichen Umsatz.

IW-Kurzbericht 86/2024

Christian Rusche: Rabattschlacht im weihnachtlichen Online-Handel – eine erste Analyse
iwkoeln.de/rabattaktionen

Singles Day, Black Week, Cyber Monday – in den letzten Wochen eines jeden Jahres locken Online-Anbieter mit großzügigen Rabatten und vermeintlichen Schnäppchen. Die Zahl der Aktionstage hat sich in den vergangenen Jahren nochmals erhöht. Das Ziel ist klar: Angesichts des nahenden Weihnachtsfestes sollen die Verbraucher den Umsatz ankurbeln. Dass das Weihnachtsgeschäft nach wie vor sehr wichtig für die Branche ist, unterstreichen Daten des Statistischen Bundesamts (Grafik):

In den Monaten November und Dezember erzielt der Online-Handel etwa ein Fünftel seines Jahresumsatzes. Das entspricht aktuell einem Wert von 22 Milliarden Euro.

Der Anteil hat sich – abgesehen von einem Ausschlag nach oben im Pandemiejahr 2020 – auf stabilem Niveau eingependelt mit leicht sinkender Tendenz.

Bezogen auf den kompletten Einzelhandel liegt der Anteil des Online-Handels seit 2022 bei gut 14 Prozent – jeder siebte Euro dieses

Das Spendenvolumen sinkt

Spenden. Ob für Hilfsorganisationen, Parteien oder soziale Projekte – Möglichkeiten zu spenden, gibt es viele. Im vergangenen Jahr gaben weniger Bundesbürger freiwillig etwas ab, das Spendenvolumen sank entsprechend. Am meisten spenden nach wie vor die Jüngeren.

Henning May, Sänger der Band AnnenMayKantereit, hat laut Spendenregister vor wenigen Wochen 95.000 Euro an die Partei Bündnis 90/Die Grünen gespendet. Das ist viel Geld – ein Vielfaches dessen, was Spender im vergangenen Jahr im Schnitt laut einer IW-Befragung für gemeinnützige, soziale, kirchliche, kulturelle oder wohltätige Zwecke ohne Gegenleistung gaben (Grafik):

Im Jahr 2023 spendeten 45 Prozent der Erwachsenen in Deutschland Geld, durchschnittlich jeweils 402 Euro.

In der Summe kamen so im vergangenen Jahr 12,5 Milliarden Euro zusammen. Im Jahr 2022 betrug das Spendenaufkommen in Deutschland noch 14,1 Milliarden Euro. Dabei hat sich an der durchschnittlichen Spendenhöhe pro Person fast nichts geändert: Im Jahr 2022 lag sie bei 404 Euro je Spender.

Doch zwischen 2022 und 2023 hat die Spendenbereitschaft trotz anhaltender internationaler Konflikte sowie neuer Krisen deutlich nachgelassen. Im Jahr 2022 machten noch 51 Prozent der Erwachsenen in Deutschland – und damit 6 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr – Geld für den guten Zweck locker.

Die Spendenbereitschaft hängt stark von der jeweiligen finanziellen Lage ab. Wer wenig hat, kann naturgemäß weniger abgeben: Von denen, deren monatliches Nettoeinkommen weniger als 1.500 Euro beträgt, spendete im Jahr 2023 nur jeder Vierte; die durchschnittliche Spendenhöhe in dieser Einkommensklasse betrug 108 Euro. Menschen mit einem Nettoeinkommen von mehr als 4.000 Euro im Monat spenden nicht nur häufiger (62 Prozent), sondern mit im Schnitt 524 Euro auch deutlich mehr.

Doch auch der soziale Hintergrund oder das Alter spielen eine Rolle. Der Parteienspender Henning May erfüllt gleich mehrere Kriterien, die den überdurchschnittlich großzügigen Geber ausmachen: Er ist ein Mann – und spendet deshalb rein statistisch betrachtet 277 Euro mehr im Jahr als eine Frau. Er zählt als 32-Jähri-

ger zur Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen, die mit 49 Prozent nicht nur eine hohe Spendenquote aufweisen, sondern mit durchschnittlich 575 Euro Spendenhöhe auch besonders viel stiften. Und als Grünen-Anhänger hat er von allen, die sich zu einer Partei bekennen, mit im Schnitt 609 Euro die höchste Spendenbereitschaft – AfD-Sympathisanten spendeten zuletzt lediglich 364 Euro, Linken-Anhänger sogar nur 265 Euro.

Spenden: Wer gibt wie viel?

So viel Euro spendeten Erwachsene, die im Jahr 2023 gespendet haben, je nach Familienstand im Durchschnitt in Deutschland



Befragung von 2.732 Personen ab 18 Jahren im Frühjahr 2024 im Rahmen der IW-Personenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 92/2024

Dominik Enste, Matthias Diermeier, Rebecca Gabel: Spendensumme sinkt um 1,6 Milliarden Euro, bleibt aber auf hohem Niveau

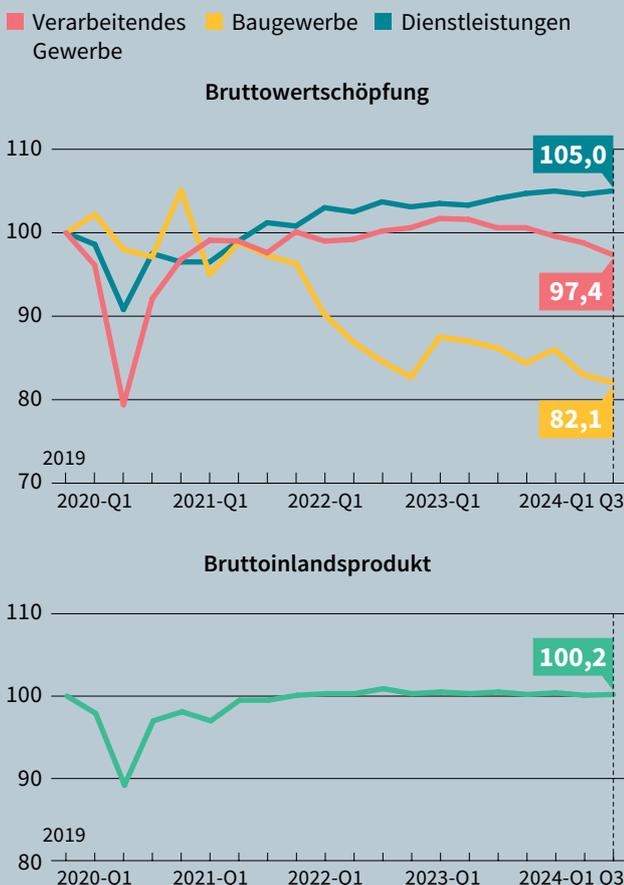
iwkoeln.de/spendenbereitschaft

Weiterhin trübe Aussichten

IW-Konjunkturprognose. Die vielen geopolitischen Konflikte belasten nach wie vor die Weltwirtschaft. Und in Deutschland hat das Regierungsvakuum vor den angesetzten Neuwahlen die Verunsicherung der Unternehmen noch vergrößert. Vor diesem Hintergrund tritt die Konjunktur in Deutschland 2025 voraussichtlich nahezu auf der Stelle.

Konjunktur: Unterm Strich herrscht seit Jahren Stillstand

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte für Deutschland, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Endlich mal gute Nachrichten – das haben wohl alle Unternehmer und Verbraucher auf dem Weihnachts-Wunschzettel. Denn 2024 war für die deutsche Wirtschaft je nach Branche allenfalls mau, teils sogar katastrophal.

Dies gilt etwa für die Bauwirtschaft, auf der die zuletzt hohen Finanzierungs-, Material- und Energiekosten sowie die schwache Investitionstätigkeit in Deutschland lasten. Aber auch die Industrie steckt in einer tiefen Krise. Zu deren Ursachen zählt die infolge der geopolitischen Verwerfungen – der Krieg in der Ukraine und der Nahostkonflikt sind nur zwei Beispiele – geschwächte Weltwirtschaft, die die Nachfrage nach deutschen Exportgütern verringert. Dieser Effekt verstärkt sich dadurch, dass die deutlich gestiegenen Rohstoff-, Material- und Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verschlechtert haben. Hinzu kommt die schwache Inlandsnachfrage, die wiederum mit der Verunsicherung von Firmen und Verbrauchern zusammenhängt.

All dies führt dazu, dass die Konjunktur hierzulande schon seit Jahren auf der Stelle tritt (Grafik):

Im Herbst 2024 lag die reale Wirtschaftsleistung in Deutschland gerade mal auf dem Niveau von 2019.

Drei Ereignisse im November 2024 deuten auf noch turbulenteren Zeiten hin: So hat der G20-Gipfel in Brasilien gezeigt, dass sich die geopolitische Blockbildung verfestigt. Hinzu kam der erneute Wahlsieg Donald Trumps, dessen Zollpläne Deutschland bis 2028 im schlimmsten Fall 180 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung kosten könnten (siehe iwd 24/2024). Schließlich brach noch die Ampelkoalition auseinander und es bleibt abzuwarten, ob und wann die Wirtschaftspolitik hierzulande wieder für klare und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen sorgt.

Vor diesem Hintergrund lässt die aktuelle IW-Konjunkturprognose keine Erholung der deutschen Wirtschaft erkennen (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird nach der Rezession der vergangenen beiden Jahre auch 2025 nicht über ein mageres Plus von 0,1 Prozent hinauskommen.

Ein näherer Blick auf die Prognosedaten zeigt die Bandbreite der Probleme:

Außenhandel. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen lassen erwarten, dass der Welthandel im kommenden Jahr preisbereinigt nur um moderate 2 Prozent expandiert. Deutschland wird aber selbst an diesem Wachstum nicht in vollem Umfang teilhaben, auch wegen der verschlechterten Wettbewerbsposition:

Die deutschen Exporte werden im Jahr 2025 real lediglich um 0,3 Prozent über dem Niveau von 2024 liegen.

Die Importe dürften mit 1 Prozent etwas stärker zulegen – unter anderem weil Unternehmen vermutlich Einfuhren vorziehen, um höheren Zollschränken seitens der USA zuvorzukommen.

Investitionen. Mit Ausnahme der Ausgaben für Software, Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung sind die Investitionen in Deutschland schon seit längerem rückläufig.

Nach IW-Berechnungen betragen die seit 2020 aufsummierten Investitionsausfälle infolge der Pandemie, der geopolitischen Konflikte und teils auch der Politik in Deutschland rund 210 Milliarden Euro.

Weil die innen- und außenwirtschaftlichen Unwägbarkeiten vorerst bestehen bleiben und allenfalls die rückläufigen Zinsen die Unternehmen entlasten, werden die Ausrüstungsinvestitionen – also die Ausgaben für neue Maschinen und Produktionsanlagen – 2025 lediglich stagnieren.

Die Bauinvestitionen sinken der IW-Prognose zufolge sogar nochmals – um mehr als 2 Prozent –, wobei der Wohnungsbau der größte Schwachpunkt bleibt.

Privater Konsum. Im Frühjahr 2024 hatten Ökonomen noch erwartet, dass die rückläufige Inflation und die steigenden Tariflöhne die Kaufkraft der Verbraucher heben würden. Doch offenbar hat die politisch und wirtschaftlich unsichere Lage viele Haushalte von Anschaffungen abgehalten. Stattdessen legten die Bundesbürger in den ersten drei Quartalen gut 20 Milliarden Euro mehr auf die hohe Kante als im gleichen Vorjahreszeitraum. Eine Trendwende ist nicht zu erwarten:

Nach 0,2 Prozent in diesem Jahr wird der private Konsum 2025 mit 0,4 Prozent ebenfalls nur leicht wachsen.

IW-Prognose für Deutschland 2025

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,7	0,2	-0,1
Arbeitslosenquote	5,7	6,0	6,2
Arbeitsvolumen	0,4	0,0	-0,4
Produktivität	-0,6	-0,2	0,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,1
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	-0,4	0,2	0,4
Konsumausgaben des Staates	-0,1	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	-1,2	-3,0	-0,8
– Ausrüstungen	-0,8	-5,9	0,0
– Sonstige Anlagen	4,7	4,0	2,0
– Bauten	-3,4	-3,7	-2,3
Inlandsnachfrage	-0,4	-0,4	0,4
Export	-0,3	-0,5	0,3
Import	-0,6	-1,0	1,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	5,9	2,1	2,1
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-2,6	-2,2	-2,0

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Dabei spielt neben der voraussichtlich nicht weiter sinkenden Inflation auch die rückläufige Beschäftigung eine Rolle.

Arbeitsmarkt. In den vergangenen Jahren sah es so aus, als hätte sich der Arbeitsmarkt in Deutschland von der Konjunktur abgekoppelt. Doch inzwischen schlägt die schwache wirtschaftliche Entwicklung auf die Beschäftigung durch:

Mit durchschnittlich gut 46 Millionen wird die Erwerbstätigenzahl im kommenden Jahr um rund 70.000 unter dem Niveau von 2024 liegen.

Weil die Unternehmen zunehmend auf Neueinstellungen verzichten, finden Jobsuchende immer schwerer eine Stelle. Demzufolge dürfte die Arbeitslosenquote weiter steigen – von 6,0 Prozent in diesem Jahr auf 6,2 Prozent 2025.

IW-Report 45/2024

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur:
Es wird nicht besser – IW-Konjunkturprognose Winter 2024
iwkoeln.de/konjunkturprognose-w2024

Die gemieteten vier Wände

Immobilien. Die Wohneigentumsquote ist in Deutschland seit 2011 trotz einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase gesunken. Vor allem Jüngere kaufen immer seltener Wohnungen und Häuser. Dabei dient die eigene Immobilie dem Vermögensaufbau. Mit einer Reihe politischer Maßnahmen ließe sich der langfristige Trend umkehren.

In keinem anderen Land der EU leben so wenige Haushalte in den eigenen vier Wänden wie in Deutschland. Die Situation in der Bundesrepublik hat sich sogar verschlechtert, wie eine IW-Auswertung von Daten des Zensus zeigt:

Zwischen 2011 und 2022 ist die auf Wohneinheiten bezogene Wohneigentumsquote in Deutschland um 0,9 Prozentpunkte auf 44 Prozent gesunken.

Bedenkt man, dass in diese Zeitspanne eine lang anhaltende

Niedrigzinsphase fiel, die für günstige Immobilienkredite sorgte, ist das Ergebnis umso bedenklicher. Schließlich bietet der Kauf von Wohneigentum die Möglichkeit, Vermögen aufzubauen. Darüber hinaus belegen wissenschaftliche Studien, dass die Vermögensverteilung in Ländern mit hohen Wohneigentumsquoten gleichmäßiger ist als in „Mieterländern“.

Allerdings verläuft die Entwicklung in Deutschland regional nicht einheitlich. Vielmehr gibt es eine klare Trennlinie (Grafik):

In den ostdeutschen Bundesländern inklusive Berlin ist die Wohneigentumsquote zwischen 2011 und 2022 überall gestiegen, in Westdeutschland sank sie dagegen durchweg.

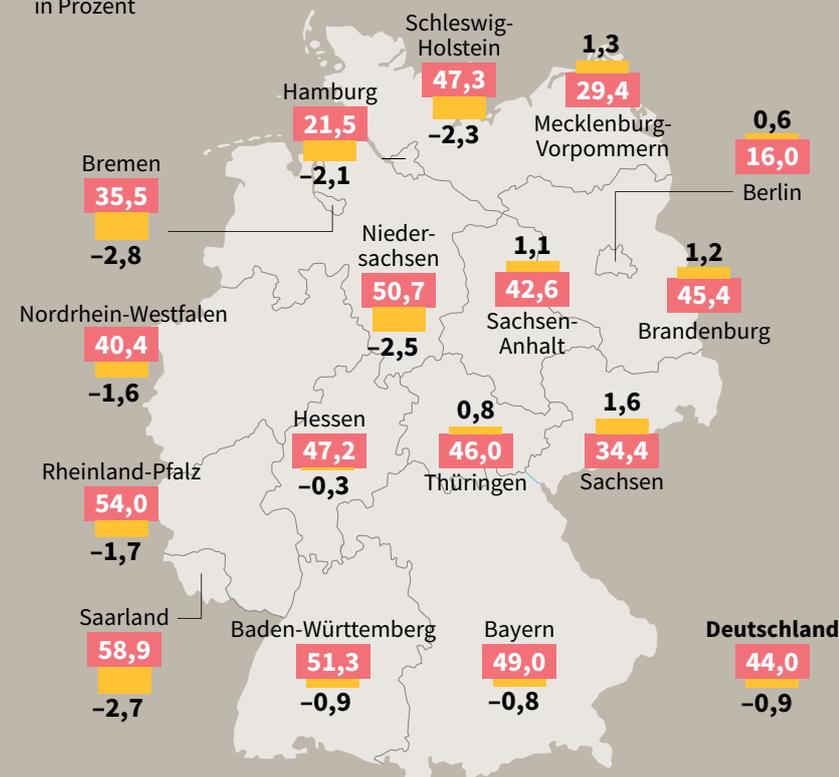
Einen Erklärungsansatz liefert der Blick auf den Immobilienboom in Deutschland in den 2010er Jahren. In Westdeutschland wurden damals vor allem Geschosswohnungen gebaut. Solche Wohnungen dienen in der Regel als Mietobjekte. Währenddessen stagnierte die Zahl neuer Ein- und Zweifamilienhäuser. In den ostdeutschen Bundesländern legte der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser dagegen überwiegend zu.

Trotz der insgesamt gegenläufigen Trends ist die Eigentumsquote im Osten mit durchschnittlich knapp 35 Prozent immer noch deutlich

Wohneigentum: Im Westen weniger, im Osten mehr

Veränderung der Wohneigentumsquote zwischen 2011 und 2022 in Prozentpunkten

■ Wohneigentumsquote 2022 in Prozent



Wohneigentumsquote: So viel Prozent aller Haushalte besaßen Wohneigentum

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

niedriger als im Westen, der auf gut 46 Prozent kommt.

Eine ergänzende Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels untersucht darüber hinaus die Bedeutung von Haushaltseigenschaften für den Erwerb von Eigentum. Auch hier lassen sich über die zurückliegenden Jahre Verschiebungen erkennen (Grafik):

In Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von bis zu 50 Jahren lag die Wohneigentumsquote im Jahr 2011 bei 34,5 Prozent. Elf Jahre später war sie 4 Prozentpunkte niedriger.

Genau umgekehrt sieht es bei den Haushalten aus, in denen der Hauptverdiener älter als 50 Jahre ist. Hier ist die Eigentumsquote seit 2011 um 4,1 Prozentpunkte gestiegen auf zuletzt knapp 57 Prozent.

Der Politik sollte sehr daran gelegen sein, Wohneigentum zu stärken. Dabei geht es nicht um eine Maximierung der Eigentumsquote, sondern um die Förderung eines fairen Wettbewerbs zwischen den beiden Wohnformen. Mehrere Optionen sind aus ökonomischer Sicht sinnvoll:

Besteuerung. Die Grunderwerbsteuer muss von Immobilienkäufern in der Regel komplett aus dem Eigenkapital gezahlt werden, da

Banken sie üblicherweise nicht in ihre Kreditberechnungen einbeziehen. Je nach Bundesland beträgt sie bis zu 6,5 Prozent des Kaufpreises. Niedrigere Sätze würden den Immobilienerwerb attraktiver machen. Für Neubauten von selbst genutztem Eigentum könnte man die Steuer komplett streichen – so würde nicht nur die Wohneigentumsquote gefördert, sondern auch der Wohnungsbau.

Direkte und indirekte Förderung. Bestehende Programme zu vereinfachen oder wie im Fall der Eigentumsförderung für Familien auszubauen, ist der eine Weg für den Staat, zu helfen. Der andere besteht darin, mit Nachrangdarlehen und der Übernahme von Ausfallbürgschaften Kredite von Immobilienkäufern abzusichern. Der Grund: Haushalte können Nachrangdarlehen und Kreditausfallgarantien als Eigenkapitalersatz nutzen, an dem es häufig mangelt.

Im Falle eines Zahlungsausfalls wird das Nachrangdarlehen erst nach der Rückzahlung des vorrangigen Kredits bedient. Dadurch ist es zwar stärker risikobehaftet, Zahlungsausfälle treten in der Regel allerdings nur in Ausnahmesituationen wie Scheidung, Tod, Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit auf. In

diesen Fällen bieten Kreditausfallgarantien finanzielle Stabilität und mindern das Risiko eines Immobilienverlusts. Das Instrument kombiniert also finanzielle Unterstützung mit einem kalkulierbaren Risikomanagement. Dies erhöht die Attraktivität von Wohneigentum.

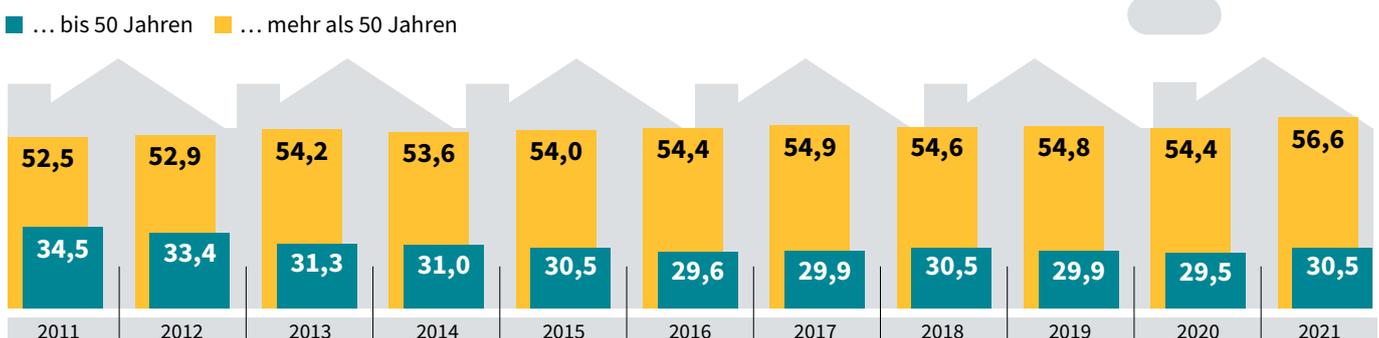
Regulierung. Mindestgeschosszahl, Vorgaben zu Fassaden- und Dachbegrünung, Solarpflicht, Pkw-Stellplätze: Vor allem städtische Regionen und das dazugehörige Umland greifen stark über ihre Bebauungspläne in den Neubau ein. Kommunale Stadtplaner sollten sich wieder mehr zurücknehmen und von – teils sehr kostspieligen – Vorgaben für die Eigenheimbauer absehen.

Außerdem könnten insbesondere in städtischen Lagen kompakte Eigenheime – also Gebäude mit geringer Wohn- und Grundstücksfläche – eine gute Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen sein (siehe iwd 5/2024). So ließe sich einerseits platzsparend bauen, andererseits auch vergleichsweise günstig das Wohnen im Eigentum ermöglichen.

IW-Policy Paper 9/2024
 Nobert Hiller, Oliver Lerbs, Christian Oberst:
 Wohneigentumsdynamik in Deutschland
iwkoeln.de/eigentum

Wohneigentumsquote: Die Alterskluft wird größer

So viel Prozent der Haushalte in Deutschland mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von ... besaßen Wohneigentum



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

Das Sprungbrett des Arbeitsmarktes

Niedriglohnsektor. Rund jeder achte Bundesbürger im Erwerbsalter war im Jahr 2021 zu einem Niedriglohn beschäftigt. Der Sektor hat bisweilen einen schlechten Ruf – dabei spielt er vor allem für Arbeitsuchende und für den sozialen Aufstieg eine wichtige Rolle.

„Geringverdiener“ – was sich zunächst einmal etwas abwertend anhört, beschreibt aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive lediglich eine bestimmte Personengruppe auf dem Arbeitsmarkt. Als solcher gilt üblicherweise, wer weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns von abhängig Beschäftigten im Haupterwerb be-

kommt. Im Jahr 2021 – neuere Daten sind nicht verfügbar – lag diese Grenze in Deutschland bei 12,31 Euro. Zur Erinnerung: Der damalige Mindestlohn betrug 9,60 Euro. Viele Geringverdiener lagen also um mehrere Euro pro Stunde darüber. Insgesamt machten sie nur einen kleinen Anteil an der Bevölkerung im Erwerbsalter aus (Grafik):

Knapp 13 Prozent der 15- bis 64-Jährigen in Deutschland waren im Jahr 2021 Geringverdiener – demgegenüber standen annähernd 55 Prozent, die als Normalverdiener galten.

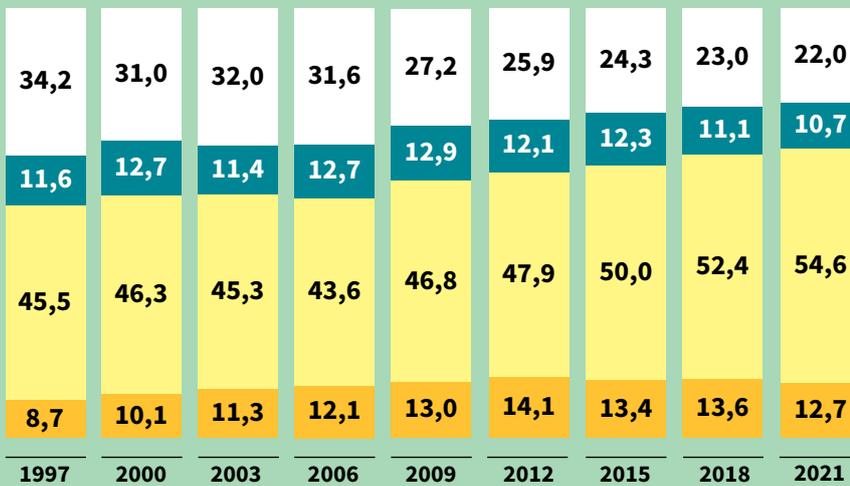
Interessant ist dabei vor allem der zeitliche Verlauf. Der Anteil der Beschäftigten unter der Niedriglohngrenze wuchs von 1997 bis 2006 um fast 40 Prozent, während jener der Normalverdiener leicht abnahm – per saldo stiegen also Beschäftigte in der Lohnleiter ab. Damit fiel das Gros des Anstiegs in die Zeit vor der Hartz-IV-Reform, die im Januar 2005 in Kraft trat. Entgegen der häufigen Behauptung war diese also kein Auslöser für einen ausgeweiteten Niedriglohnsektor.

Zwar nahm dieser anschließend zwischen 2006 und 2013 weiter zu. Diesmal war der Effekt allerdings ein positiver, denn die darin Beschäftigten kamen hauptsächlich aus dem Kreis der vorher auf dem Arbeitsmarkt Inaktiven – schließlich legte auch die Gruppe der Normalverdiener in diesem Zeitraum zu. Seit 2013 geht der Anteil der Niedriglohnbezieher sogar leicht zurück, jener der Normalverdiener legt weiter zu. Es steigen unterm Strich also mehr Menschen in höhere Lohnklassen auf, als von dort absteigen.

Beschäftigung im Niedriglohnsektor nimmt wieder ab

So viel Prozent aller 15- bis 64-Jährigen in Deutschland waren ...

■ ... Geringverdiener ■ ... Normalverdiener ■ ... sonstige Erwerbstätige
 ■ ... Arbeitslose, Nichterwerbstätige, Schüler oder Studenten

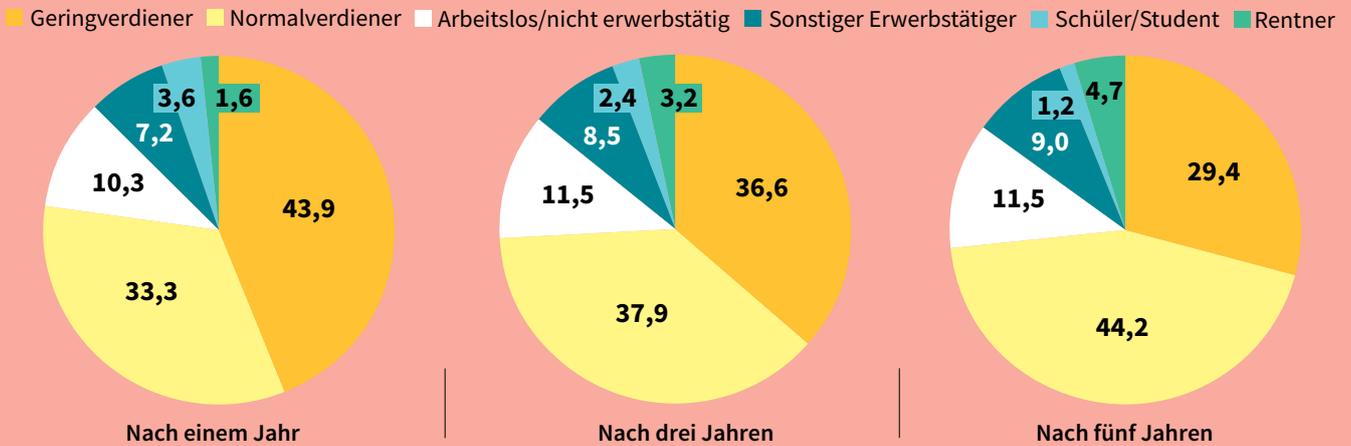


Geringverdiener: weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns von abhängig Beschäftigten im Haupterwerb im jeweiligen Jahr; sonstige Erwerbstätige: z. B. Selbstständige und Auszubildende

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

Niedriglohnsektor: Viele steigen auf

So viel Prozent der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die zwischen 2010 und 2020 neu eine Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland aufnahmen, hatten nach so vielen Jahren diesen Status



Geringverdiener: weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns von abhängig Beschäftigten im Haupterwerb im jeweiligen Jahr; sonstige Erwerbstätige: z. B. Selbstständige und Auszubildende

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



Trotz dieser erfreulichen Entwicklung haftet dem Niedriglohnsektor in der öffentlichen Wahrnehmung bisweilen der Ruf eines sozialen Problems an, das es zu bekämpfen gilt. Dabei ist er für viele Arbeitssuchende eine willkommene Chance. Rund ein Fünftel aller Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2021 war fünf Jahre zuvor auf dem Arbeitsmarkt inaktiv. Blickt man lediglich ein Jahr zurück, galt dies für rund 11 Prozent von ihnen. Vor allem auf längere Sicht hilft der Sektor also beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt und dem Verbleib darin. Zudem kann auch eine gering entlohnte Beschäftigung die soziale Lage verbessern: So sank die Armutsgefährdungsquote für vorher auf dem Arbeitsmarkt inaktive Personen, die zwischen 2019 und 2021 neu in die Niedriglohnbeschäftigung eintraten, von 61 auf 39 Prozent.

Hinzu kommt, dass viele im Niedriglohnsektor Beschäftigte nicht lange dort verharren, sondern in höhere Lohnbereiche aufsteigen (Grafik):

Bereits nach einem Jahr schaffen ein Drittel der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die zwischen 2010 und 2020 neu einen Job mit geringem Lohn in Deutschland aufnahmen, den Aufstieg zum Normalverdiener.

Der Anteil der Aufsteiger nahm mit jedem weiteren Jahr zu. Fünf Jahre nach Beginn der gering vergüteten Tätigkeit waren bereits gut 44 Prozent in einem höheren Lohnsegment beschäftigt, während nur noch rund 29 Prozent im Niedriglohnsektor arbeiteten.

Die Aufstiegschancen hängen dabei von verschiedenen Faktoren ab. Wenig überraschend nehmen diese Chancen mit einem höheren Bildungsabschluss zu. Zudem steigen sie mit der Berufserfahrung je Lebensjahr sowie mit der Betriebsgröße, da größere Unternehmen meist unterschiedliche Karrierepfade eröffnen und breitere Entwicklungsmöglichkeiten bieten können. Keine Rolle spielt dagegen, ob die Beschäftigten in Voll- oder in Teilzeit arbeiten oder ob ihr Vertrag befristet ist.

Generell ist die Chance des Aufstiegs aus dem Niedriglohnsektor in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland, was vor allem am insgesamt höheren Lohnniveau im Westen liegt.

Politische Maßnahmen, die den Niedriglohnsektor begrenzen sollen, könnten demnach kontraproduktiv sein und die Aufstiegschancen in höhere Lohnbereiche verbauen sowie Arbeitssuchenden den Eintritt in den Arbeitsmarkt erschweren – am Ende wären weniger statt mehr Menschen in Deutschland beschäftigt. Anstelle weiterer bürokratischer Vorgaben wäre es sinnvoller, direkt bei den Menschen anzusetzen und ihren Aufstieg im Arbeitsmarkt zu unterstützen, beispielsweise durch die stärkere Förderung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Aus IW-Trends 4/2024

Holger Schäfer: Beschäftigungsdynamik im Niedriglohnsektor
iwkoeln.de/niedriglohnsektor

Auf Nachhaltigkeitskurs

Weiterbildung. Unternehmen, die viele Maßnahmen zum Umweltschutz umsetzen, vermitteln in der Weiterbildung auch intensiver und häufiger nachhaltige Kompetenzen als Betriebe, die sich nicht so stark ökologisch engagieren. An Nachhaltigkeits-Weiterbildungen nehmen zudem besonders oft Führungskräfte teil.

Viele Unternehmen tun es schon lange freiwillig, alle anderen müssen sich aufgrund des Klimaschutzgesetzes, mit dem Deutschland bis 2045 die Klimaneutralität anstrebt, damit beschäftigen: ökologisch nachhaltig(er) zu werden. Dadurch verändern sich Produktionsprozesse oder ganze Geschäftsmodelle, was wiederum Weiterbildungsbedarf für die betroffenen Mitarbeiter nach sich zieht. Hinzu kommt: Beschäftigte, die kompetent nachhaltig handeln, können besser die ökologische Transformation sowie Innovationen im Unternehmen vorantreiben.

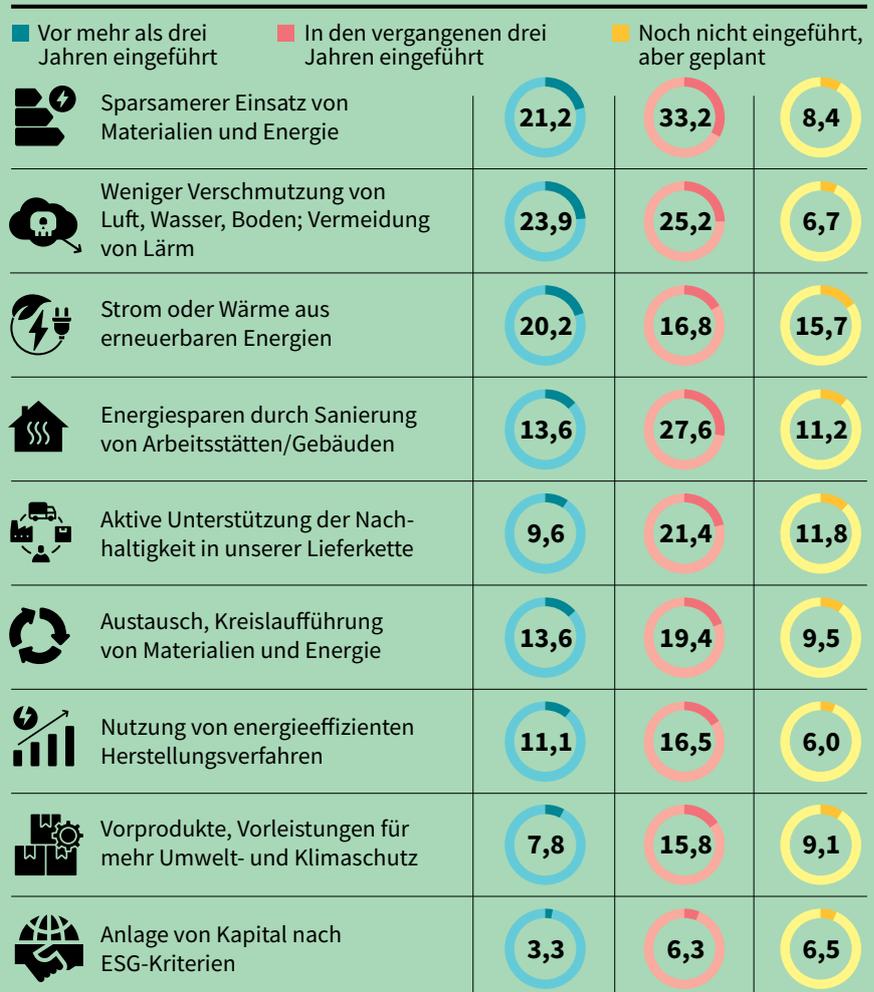
Doch wie viele Betriebe setzen bereits Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit um? Dieser Frage ist die IW-Weiterbildungserhebung nachgegangen (Grafik):

Von neun abgefragten Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit war der sparsamere Einsatz von Materialien und Energie die am häufigsten praktizierte – rund 54 Prozent der Betriebe taten dies 2022 bereits, mehr als 8 Prozent planten es.

Auch auf die geringere Verschmutzung von Luft, Wasser und Erdreich sowie auf die Vermeidung von Lärm achtete zum Befragungszeitpunkt bereits knapp die Hälfte der Unternehmen. Und vier von zehn Betrieben konnten im Jahr 2022 durch die erfolgte Sanierung von Gebäuden oder Arbeitsstätten Energie einsparen.

Nachhaltigkeit: So schützen Unternehmen die Umwelt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben im Jahr 2022 diese Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit eingeführt oder planten dies



ESG-Kriterien: Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Nachhaltigkeitsaspekten
 Rest zu 100: keine Angabe oder keine Maßnahmen geplant
 Befragung von 893 Personalverantwortlichen zwischen Mai und September 2023

Quelle: IW-Weiterbildungserhebung
 © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Ein Blick auf die Branchen zeigt, dass Industrieunternehmen deutlich häufiger Maßnahmen zur Nachhaltig-

keit durchgeführt hatten oder planten als Dienstleistungsunternehmen. Und große Unternehmen

verzeichneten intensivere Nachhaltigkeitsaktivitäten als Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern.

Rund die Hälfte der befragten Unternehmen rechnet damit, dass durch den ökologischen Wandel zusätzliche Kompetenzbedarfe im Betrieb entstehen. Von denen, die bereits Weiterbildungen rund um das Thema Nachhaltigkeit anbieten, werden insbesondere folgende Fachkenntnisse favorisiert (Grafik):

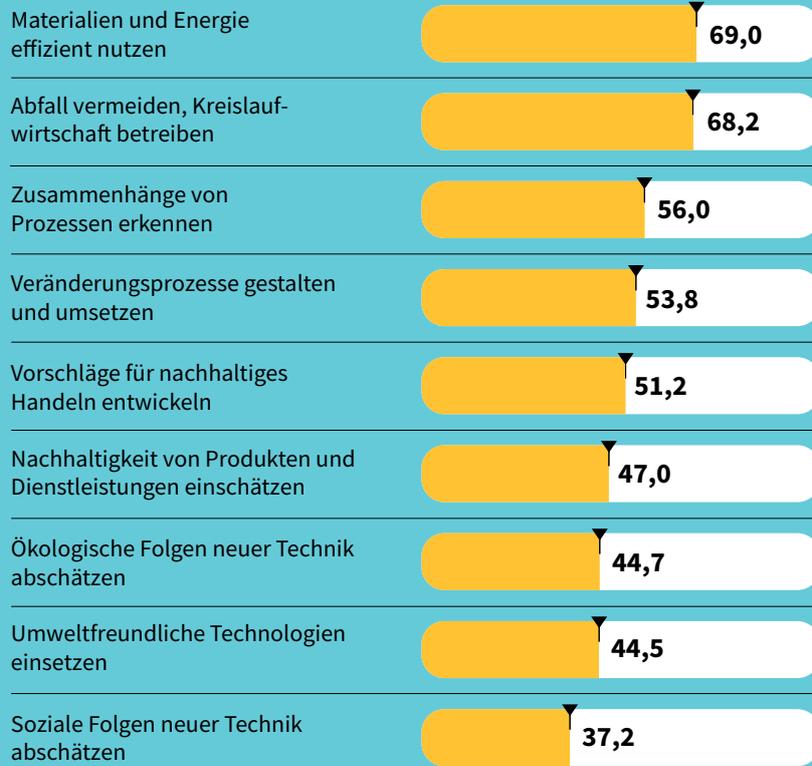
Am häufigsten bilden Unternehmen ihre Beschäftigten mit dem Ziel weiter, dass sie Materialien und Energie möglichst effizient nutzen, Abfall vermeiden und Prozesse im Sinne der Kreislaufwirtschaft gestalten.

Doch auch überfachliche Kompetenzen, die für alle Menschen in modernen Gesellschaften zentral sind, werden in den Weiterbildungen zur Nachhaltigkeit vermittelt. Dazu zählen beispielsweise das Erkennen von Prozesszusammenhängen (56 Prozent) oder das Gestalten und Umsetzen von Veränderungsprozessen (54 Prozent). Rund die Hälfte der Betriebe, die Weiterbildungen offerieren, schult ihre Mitarbeiter zudem darin, Vorschläge für nachhaltiges Handeln zu entwickeln.

Eine besonders große Weiterbildungsintensität zeigen dabei vor allem solche Unternehmen, die schon seit mehreren Jahren Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit durchführen. Hier dürfte eine Wechselwirkung bestehen: Mehr nachhaltige Maßnahmen induzieren steigenden Weiterbildungsbedarf und eine intensivere Weiterbildung

Nachhaltigkeit: So schulen Unternehmen ihre Mitarbeiter

So viel Prozent der Unternehmen, die Weiterbildungen anbieten, vermittelten ihren Mitarbeitern im Jahr 2022 diese Kompetenzen zur ökologischen Nachhaltigkeit



Rest zu 100: keine Angabe oder keine bzw. wenig intensive Vermittlung
Befragung von 915 Personalverantwortlichen zwischen Mai und September 2023

Quelle: IW-Weiterbildungserhebung
© 2024 IW Medien / iwd



stärkt wiederum die Aufmerksamkeit und Umsetzungskompetenz für Nachhaltigkeitsthemen.

Am häufigsten nehmen übrigens Führungskräfte an diesen Weiterbildungen teil: Im Jahr 2022 wurden in 42 Prozent der Betriebe, die zur ökologischen Nachhaltigkeit weiterbildeten, Führungskräfte geschult, aber nur in knapp 17 Prozent der Unternehmen waren es alle Beschäftigten. In Unternehmen, die zum

Zeitpunkt der Befragung intensiv Nachhaltigkeitsaktivitäten betrieben, bildeten sogar 65 Prozent ihre Führungskräfte zu diesem Thema weiter.

Aus IW-Trends 4/2024

Sabine Köhne-Finster, Susanne Seyda: IW-Weiterbildungserhebung 2023 – ökologische Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Weiterbildung [iwkoeln.de/nachhaltigkeit-weiterbildung](https://www.iwkoeln.de/nachhaltigkeit-weiterbildung)

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche



Kilowattstunden Strom werden die Bundesbürger voraussichtlich innerhalb von 30 Tagen für die Weihnachtsbeleuchtung 2024 verbrauchen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov hervor. Zum Vergleich: Mit dieser Menge Strom kommen mehr als 180.000 Haushalte etwa ein Jahr lang aus. Während 2022 noch viele Bundesbürger angesichts der hohen Energiepreise auf Weihnachtsbeleuchtung verzichteten, liegt die Zahl der Weihnachtslichter in und an privaten Haushalten nun zum zweiten Mal in Folge jenseits der 20 Milliarden. Um es sich in der dunklen Winterzeit gemütlich zu machen, setzen die meisten Bundesbürger auf LED-Lämpchen. Sie sind effizienter und langlebiger als konventionelle Leuchtmittel – insgesamt wird der Lichterglanz die Bundesbürger trotzdem mehr als 250.000 Euro kosten. Darüber hinaus freuen sich die Befragten über Weihnachtsbeleuchtung an öffentlichen Plätzen: Im Jahr 2024 sprachen sich rund 78 Prozent dafür aus, vor zwei Jahren waren es nur 67 Prozent.

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2025 auf 13,31 Euro pro Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.

Top-Liste: Die Kaufkraft-Lücke

Wo lebt es sich besonders günstig, wo eher teuer? Um diese Frage zu beantworten, hat das IW die Durchschnittseinkommen in den deutschen Städten und Kreisen zu den regionalen Preisen ins Verhältnis gesetzt. An der Spitze steht eine Region in Bayern: Obwohl das Leben im Landkreis Starnberg um fast 14 Prozent teurer ist als im Bundesschnitt, ist die Kaufkraft – das preisbereinigte durchschnittliche Einkommen – mit rund 35.400 Euro deutschlandweit am höchsten. Generell fällt auf, dass das Ranking viele touristisch attraktive Regionen anführt, die zudem häufig in der Nähe von wirtschaftsstarke Großstädten liegen. Am unteren Ende stehen hingegen meist Städte aus strukturschwachen Regionen, zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet.

iwkoeln.de/kaufkraft-regionen

Kaufkraft: Große Unterschiede in Deutschland

Preisbereinigtes Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2022 in Euro

■ Preisniveau (Deutschland = 100)

	1. Landkreis Starnberg	35.392	113,6
	2. Landkreis Miesbach	35.335	109,3
	3. Hochtaunuskreis	33.011	107,8
	4. Nordfriesland	31.378	97,3
	5. Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge	31.011	90,8
...			
	396. Herne	21.327	95,1
	397. Bremerhaven	21.317	94,1
	398. Duisburg	20.193	95,7
	399. Gelsenkirchen	19.621	94,4
	400. Offenbach am Main	19.022	106,6

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd